



in Kooperation mit:



in der Serie:



Dr. Roda Verheyen LL.M.

Rechtsanwältin, Kanzlei Günther & Partner

Dr. Martin Köppel

Protect the Planet gGmbH, Geschäftsführer

Dr. Helmut Paschlau

Umweltschutz & Abfallwirtschaft (U&A)

„Klimanotstand München“:

**Klimaschutz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts
– und jetzt?**



„Klimanotstand München“:



Das Klimaschutz-Urteil des Verfassungsgerichts...
...in einer Reihe weiterer Klimaklagen

Vortragsreihe Klimanotstand München 6. Juli 2021





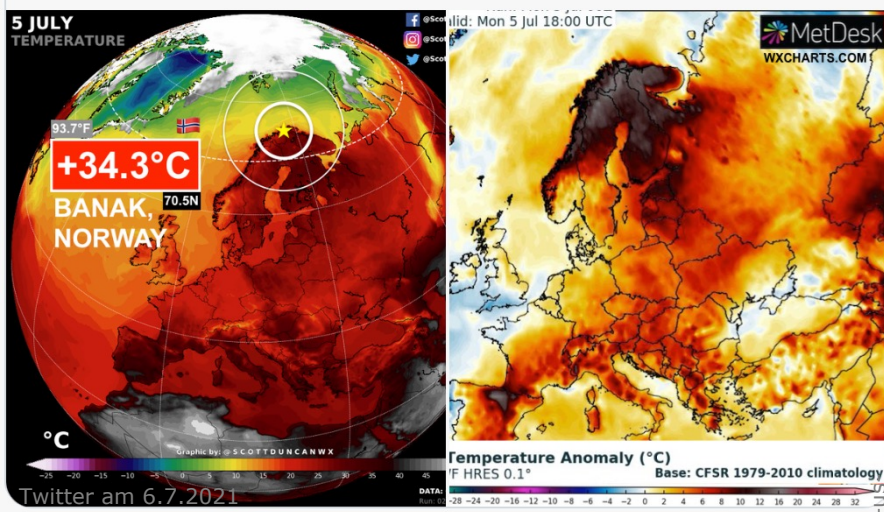
“If we don’t **change**,
the **climate** will.”

Scott Duncan @ScottDuncanWX · 13 Std.

Lapland under extreme heat right now. 34.3°C at Banak, Norway 🇳🇴
This level of heat has never been observed above 70 degrees north in Europe before.

Scandinavia has been in the oven for a while. A very hot June followed by a hot start to July. Widely 10-15°C hotter than average.

[Diesen Thread anzeigen](#)



Photos: Historic heat wave in the Pacific Northwest

https://edition.cnn.com/2021/07/04/world/canada-heatwave-northern-hemispher...
intl/index.html am 6.7.2021





Bekannte Klimaklagen: Urgenda Case



- 886 Niederländer:innen und die NGO Urgenda gegen den Staat Niederlande (2013-2019)
 - CO₂-Ausstoß-Reduktion bis 2020 um 25%
 - Urteilsbegründung:
Art. 2 („Recht auf Leben“) und
Art. 8 („Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens“) der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)



26. April 2020, 18:57 Uhr Niederlande

Wenn Richter die Welt retten



Strahlende Freude an einem grauen Wintertag: Am 20. Dezember 2019 gelang es Marjan Minnesma und ihrer Stiftung Urgenda, die niederländische Regierung vor Gericht zu einer anderen Klimapolitik zu zwingen. (Foto: Ana Fernandez/Imago)

Ein spektakuläres Urteil zwingt die Regierung juristisch unter Berufung auf Grundrechte zu einer strengeren Klimapolitik. Die

Europäische Klimaklage: People's Climate Case



- CARVALHO et al. vs. EU, 10 Familien, ein Jugendverband (37+X Personen aus 8 Ländern)
- Support durch internat. NGO-Netzwerk (CAN, PtP, Germanwatch, Notre Affaire à Tous, 2celsius, zero, Rådet for Grøn Omstilling)
- Forderung nach stärkeren EU-Klimaschutz Ambitionen bis 2030 (-65%)
- Teil der Debatte im EU-Parlament zur Entscheidung für -60%; jetzt 55% bis 2030
- Abweisung mangels „individueller Betroffenheit“ – Weil alle betroffen sind, darf keiner Klagen – am 25.3.2021



DER TAGESSPIEGEL

Umweltschutz 25.05.2018, 05:40 Uhr

Familien verklagen EU auf mehr Klimaschutz

Die Welle der Klimaklagen erreicht nun auch die EU: Zehn Familien aus Europa, Kenia und Fidschi rufen das Europäische Gericht wegen zu schwacher CO2-Minderungsziele an. VON [SUSANNE EHLERDING](#)

Die deutsche Familie Recktenwald gehört zu den Klägern gegen die EU. FOTO: DPA



Klimaklage vom Europäischen Gerichtshof abgewiesen

„Wir spüren täglich die Auswirkungen der Klimakrise und kämpfen täglich damit, uns an die Veränderungen anzupassen. Die Gerichtsentscheidung zerstört unsere Hoffnung auf Klimagerechtigkeit.“



Klimaklage vom Europäischen Gerichtshof abgewiesen

„Die verheerenden Auswirkungen der Dürre auf Mensch und Tier sind hier real und sichtbar. Die Verantwortlichen müssen endlich handeln!“







Klimaklage vom Europäischen Gerichtshof abgewiesen

„Es geht um unseren Lebensraum und die Zukunft unserer Kinder. Wir hatten auf den Schutz durch die EU vertraut. Wir sind enttäuscht.“



Klimaklage vom Europäischen Gerichtshof abgewiesen

„Wir sehen, wie sich die Klimakrise auf die Rentiere, die Natur und unsere indigene Kultur auswirkt. Es macht mich so wütend und frustriert, dass die EU das Problem nicht ernst nimmt und es nicht wie einen Notfall angeht.“



au moins 18 morts et plus
140 disparus dans



Une commission spéciale
enquête sur l'assaut du



Une fusillade en Haïti fait
15 morts dont un



Des familles portent plainte contre l'UE pour ses politiques climatiques «insuffisantes»

[Accueil] / [Monde] / [Europe]



Photo: Philippe Lopez Agence France-Presse Maurice Feschet, producteur de lavande, fait partie de la trentaine de personnes associées à cette plainte contre le Conseil et le Parlement européens.

Amélie Bottollier-Depois -
Agence France-Presse à Paris

25 mai 2018
Europe



Sécheresse, fonte de glaciers, inondations... Une dizaine de familles se disant victimes déjà des effets du dérèglement climatique ont saisi la justice européenne pour obtenir que l'UE réduise davantage ses émissions de CO2.

La plainte, la première de ce type au niveau européen selon ses promoteurs, a été déposée devant la Cour européenne de justice, par des familles de l'UE, kényane et fidjienne, a précisé à l'AFP le Réseau Action Climat (RAC), qui réunit des ONG de toute l'Europe et porte cette affaire baptisée « People's Climate Case ».



Klimaklage vom Europäischen
Gerichtshof abgewiesen

„Gerichte müssen
unsere Grundrechte
schützen, wenn die
Regierungen dies
nicht tun.“



PEOPLE'S
CLIMATE
CASE

Die Ära der Klimaschutz-Urteile

Französische Klimaklage: L’Affaire du siècle



- Notre Affaire à Tous, Greenpeace, Oxfam und die Stiftung Nicolas Hulot pour la Nature et l'Homme, und 2 Mio Unterstützer vs. Staat Frankreich
- Urteil im Februar 2021
- Anerkennung der Verantwortung des französischen Staates in der Klimakrise wegen Nichteinhaltung der Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen
- Haftbarkeit für ökologische Schäden!



3. Februar 2021, 16:33 Uhr Klimapolitik

Gericht: Frankreich tut zu wenig für den Klimaschutz



<https://www.sueddeutsche.de/politik/klimaschutz-gerichtsurteil-frankreich-1.5194959> abgerufen am 2.7.2021

2019 demonstrieren Klimaschützer in Paris gegen die Politik von Präsident Emmanuel Macron. (Foto: Francois Mori/AP)

Die Ära der Klimaschutz-Urteile

Portugiesische Klimaklage: Youth4Climate Justice



- Die Klage #youth4climatejustice von 6 Kindern und Jugendlichen aus Portugal wird in Straßburg vor dem EMGR verhandelt. Ist sie zulässig?

Gerichtshof für Menschenrechte

Erster Erfolg für Klimaklage von Kindern

Stand: 30.11.2020 17:40 Uhr

Die jüngste Klägerin ist gerade mal acht Jahre alt: Sechs Kinder und Jugendliche aus Portugal gehen mit einer außergewöhnlichen Klimaklage gegen Deutschland und 32 weitere Staaten vor. Nun haben sie einen Etappenerfolg erzielt.

Sechs Kinder und Jugendliche aus Portugal setzen Deutschland und weitere 32 Länder Europas im Kampf gegen den Klimawandel unter Druck: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg gab grünes Licht für ihre außergewöhnliche Klage gegen Deutschland und 32 weitere Länder. Er entschied, mit der Anfang



<https://youth4climatejustice.org/> abgerufen am 2.7.2021

Die Ära der Klimaschutz-Urteile



Schweiz muss Stellung nehmen zu Beschwerde der Klimaseniorinnen

Montag, 29. März 2021 12:41, sda

... > Schweiz

Neue Zürcher Zeitung

Anmelden



Die Klimaseniorinnen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg.

Emmanuel Büchler

<https://www.tierwelt.ch/news/natur-umwelt/schweiz-muss-stellung-nehmen-zu-beschwerde-der-klimaseniorinnen> abgerufen am 2.7.2021

Klimaseniorinnen ziehen mit Klage nach Strassburg

Mehrere Seniorinnen werfen dem Bund vor, die Schweizer Klimaziele verletzen ihr verfassungsmässiges Grundrecht auf Leben und Gesundheit. Das Bundesgericht wies die entsprechende Beschwerde aber ab. Nun gelangen die Frauen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

www.nzz.ch/schweiz/klimaseniorinnen-ziehen-mit-klage-nach-strassburg-ld.1580680 abgerufen am 2.7.2021

klimateporter°

Klimapolitik

Energiewende

Klimaforschung



Klimaklage erfolgreich 02. August 2020

Irlands Oberstes Gericht zwingt Regierung zu neuem Klimaplan

Die obersten Richter:innen Irlands haben die Regierung zur Räson gerufen: Ihr Klimaplan sei zu unkonkret. Die angekündigten Maßnahmen ließen nicht erkennen, wie die Klimaziele des Landes erreicht werden sollen.

<https://www.klimateporter.de/europaische-union/irlands-oberstes-gericht-zwingt-regierung-zu-neuem-klimaplan> abgerufen am 2.7.2021

GLOBAL IDEAS

Kolumbiens Jugend kämpft für den Amazonas - vor Gericht und auf der Straße

Als Kolumbiens junge Aktivisten einen historischen Prozess gegen ihre Regierung gewannen, dachten sie, der Regenwald sei gerettet. Doch wenig passierte. Jetzt erhöhen sie den Druck, damit das Urteil umgesetzt wird.

<https://www.dw.com/de/kolumbiens-jugend-k%C3%A4mpft-f%C3%BCr-den-amazonas-vor-gericht-und-auf-der-stra%C3%9Fen/a-49620479> abgerufen am 2.7.2021



Die Ära der Klimaschutz-Urteile



German court to hear Peruvian farmer's climate case against RWE

Decision to hear Saul Luciano Lliuya's case against the energy giant is a 'historic breakthrough with global relevance', campaigners say



Der Kleinbauer Saúl Luciano Lliuya vor einem Gletschersee in der Nähe von Huaraz, Peru, im September 2015.
(Foto: Cris Bouroncle/AFP)

Ein peruanischer Kleinbauer klagt gegen den RWE-Konzern wegen dessen Mitschuld an der Erderwärmung. Eine neue Studie könnte ihm helfen.

Die gute Nachricht 27. Mai 2021

Shell muss mehr Klimaschutz leisten

Erstmals zwingt ein Gericht einen Konzern zu einem geschäftlichen Strategiewechsel – für den Klimaschutz. Shell muss seine Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um 45 Prozent reduzieren, urteilten niederländische Richter:innen. Das übersteigt die freiwilligen Pläne des Ölriesen deutlich.



von **Susanne Schwarz**

<https://www.klimareporter.de/international/shell-muss-mehr-klimaschutz-leisten> abgerufen am 2.7.2021



Die Ära der Klimaschutz-Urteile



S7 06.07.2022

Klimaklagen gegen drei Bundesländer

Deutsche Umwelthilfe sieht gute Erfolgschancen

München – „Gerichte müssen sich des Klimaschutzes annehmen, wenn die Politik so versagt“, sagt Jura-Student Jannis Krüßmann. Deshalb führt der 19-Jährige aus Bonn mit drei Mitstreitern eine Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das gerade erst beschlossene Klimaschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen. Darin hat die schwarz-gelbe Regierung von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) zwar die Einsparziele für Treibhausgase für die Jahre 2030 und 2040 angehoben, um 2045 klimaneutral zu werden. Doch es fehlten laut Klageschrift konkrete Maßnahmen, wie man den CO₂-Ausstoß reduzieren wolle.

Harsche Kritik an Söders „Lippenbekenntnissen“

Gut zwei Monate nach dem klaren Urteil des Bundesverfassungsgerichts, der Bund tue zu wenig gegen die Klimakrise, droht nun den Landesregierungen Ungemach. Insgesamt 21 Kinder und junge Erwachsene zwischen sechs und 21 Jahren sowie drei Grundstückseigentümer haben in Karlsruhe Beschwerde gegen NRW, Bayern und Brandenburg eingelegt. Grund seien nicht ausreichende Klimaschutzgesetze in NRW und Bayern, Brandenburg hat noch gar keines. Gegen Bayern laufen zudem Verfahren vor dem Verfassungsgericht und Verwaltungsgericht des Landes. Unterstützt werden die jungen Menschen von der Deutschen Umwelthilfe (DUH).

Was jede:r tun kann?



DAS KLIMA-VERSPRECHEN:

Meine Stimme für die Zukunft

Mit dem Klima-Pledge verspreche ich, meine Stimme bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 der Partei zu geben, die sich aus meiner Sicht am überzeugendsten für sozial gerechten Klima- und Naturschutz einsetzt.

[JETZT MITMACHEN!](#)



Die Klimakrise im Gerichtssaal:

Rechtsanwältin Dr. Roda Verheyen
München Juli 2021

Verantwortung wofür?

Der Weltklimarat IPCC sagt (fast unverändert seit 1990):

SPM 1. Beobachtete Änderungen und deren Ursachen

Der Einfluss des Menschen auf das Klimasystem ist klar und die jüngsten anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen sind die höchsten in der Geschichte. Die jüngsten Klimaänderungen hatten weitverbreitete Folgen für natürliche Systeme und solche des Menschen. {1}

SPM 1.2 Ursachen des Klimawandels

Die anthropogenen Treibhausgasemissionen sind seit der vorindustriellen Zeit angestiegen, hauptsächlich angetrieben durch Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, und sind nun höher als jemals zuvor. Dies hat zu atmosphärischen Konzentrationen von Kohlendioxid, Methan und Lachgas geführt, wie sie seit mindestens 800 000 Jahren noch nie vorgekommen sind. Ihre Auswirkungen wurden, in Kombination mit denen anderer anthropogener Treiber, im gesamten Klimasystem nachgewiesen und es ist *äußerst wahrscheinlich*, dass sie die Hauptursache der beobachteten Erwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts sind. {1.2, 1.3.1}

Verantwortung wofür?



Rezo

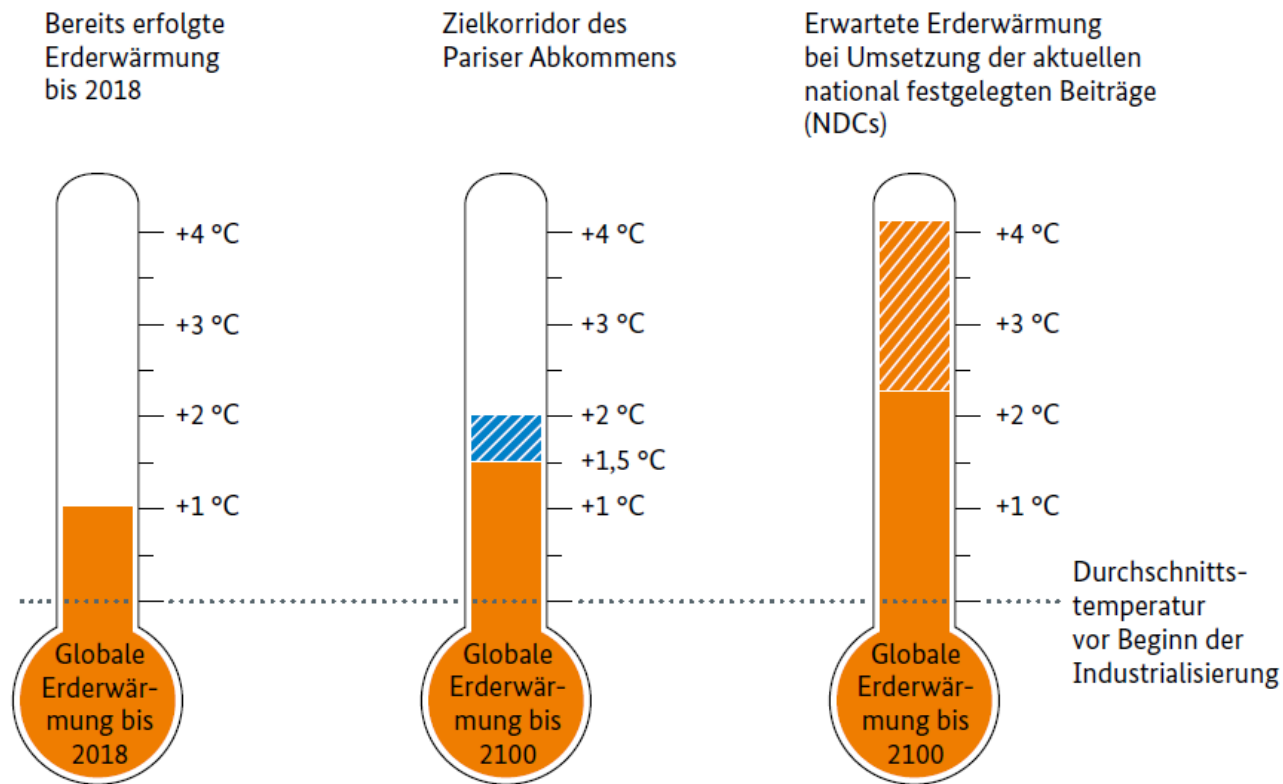


Prof. Dr. Stephan Rahmstorf

Verschiebung der Klimazonen, mehr und stärkere extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen, Hungersnöte, Meeresspiegelanstieg, Artensterben, Migration, Krieg ----- völlige Ungewissheit

Muss Verantwortung gerichtlich eingefordert werden?

Abbildung 07: Ambitionsücke zwischen Pariser Abkommen und aktuellen NDCs der Vertragsstaaten



Quelle: Navigant, New Climate Institute, Climate Analytics (2020)

Das Recht hat eine Aufgabe und damit die Gerichte: Wer zahlt und schützt?

Das Paris Übereinkommen setzt klare Ziele.
Wir verlassen die *comfort zone* und spüren die Auswirkungen
schon bei aktuell global 1,2° C
Erwärmung.



Verantwortung einklagen auf Basis geltenden Rechts:
Erste Klimaklagen ab 2003 - die zweite und dritte „Welle“ läuft.

- CO2 als Schadstoff und globales Klima als „Belang“ bei behördlichen Entscheidungen
- Klagen gegen Staaten: Klimaschutzziele und -programme (NL, USA, EU, D, B, Ire, F, UK, Sw, Nz, Polen, Cz., Korea, Can. etc.) - meist menschenrechtsbasiert)
- Klagen gegen Staaten auf Vollzug und Umsetzung

...aber bisher keine Klagen Staat gegen Staat

Klagen gegen nicht-staatliche Akteure

1. Schutzmaßnahmen €€ / Anpassung

- Native Village of Kivalina ./ . Exxon Mobil (2008-2012)
- Luciano Lluiya ./ . RWE (seit 2015 – derz. OLG Hamm) – läuft
- Div. Klagen von Städten etc. in USA gegen Emittenten (seit 2017) - läuft

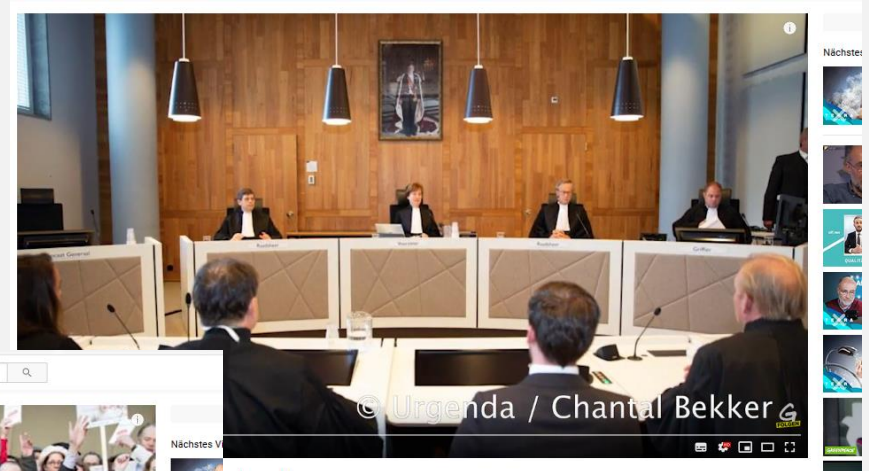
2. Der Klimawandel als Finanz- und Investitionsrisiko

- Client Earth v. Enea (Polen) - erfolgreich
- Div. Klagen gg. Fonds / Pensionsfonds – erfolgreich
- Risikoberichterstattung (e.g. EasyJet, Balfour Beatty, etc.)

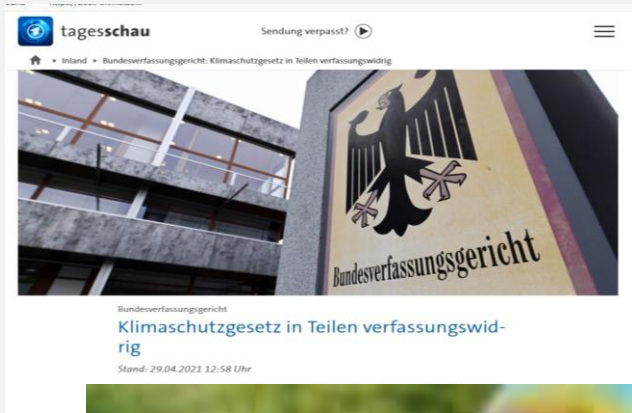
3. Unterlassungsanspruch – konkrete Reduktionspflichten

- Connecticut ./ . American Electric Power (2004-2011)
- Milieudefensie ./ . Royal Dutch Shell (Urgenda 2.0) - erfolgreich
- ???

Berühmte Erfolge: Urgenda 2015, 2018 und 2019 und Shell 2021



Bundesverfassungsgericht 2021



Erklärt anhand des People's Climate Case



Die Klimakrise bedroht die Lebensgrundlagen vieler Menschen weltweit



Klimawandel-Betroffene klagen vor dem Gericht der EU für einen besseren Schutz ihrer Grundrechte



WissenschaftlerInnen, NGOs und BürgerInnen unterstützen sie dabei

.... so funktioniert nicht nur der PCC sondern Klagen auf aller Welt, weil die Gesetzgeber nicht ausreichend handeln.

PCC - Kurze Zusammenfassung

- **Kläger:** 10 Familien aus verschiedenen (außer-) europäischen Klima-Hotspots sowie schwedischer Sami-Jugendverband
- **Klagegegner:** Europäischer Gesetzgeber (Europäisches Parlament und Rat)
- **Klagegegenstand:** die drei Hauptgesetze zur Reduktion von Emissionen (GHG Emission Acts)
- **Verstoß** gegen höherrangiges Recht, vor allem Menschenrechte (**Grundrechtecharta**)
- GHG Emissions Acts erlauben zwischen 2020-2030 Emissionen im Umfang von 60% der Menge von 1990, (also Reduktion von 40%)
- Objektiver Schutzanspruch entspricht **-50 bis -60% Reduktion**
- **Klageart:** Nichtigkeitsklage Art. 263 II AEUV und Unterlassungsklage Art. 340 II AEUV

- Klageerhebung im Mai 2018 mit tausenden von Seiten
- Viele rechtliche Hürden auf Grundlage nicht der Verträge und der Charta, aber auf Grundlage der bisherigen Rechtsprechung
- Herbst 2018: Beitritt von Streithelfern auf Seiten der Kläger und wemove. Petition
- Gegenseite fordert Abweisung wegen Unzulässigkeit (Oktober 2018), wir fordern weiter Gerichtszugang und mündliche Verhandlung
- Mai 2019: Gericht weist Klage wegen Unzulässigkeit zurück
- Juli 2019: Berufung zum Europäischen Gerichtshof

Abweisung der Klage
aus rein prozessualen
Gründen im März 2021:
Weil alle betroffen sind,
darf keine/r klagen.



a deaf ear to citiz X ZUR 2021, 332 - beck-online X ZUR 2021, 323 - beck-online X Trefferliste zu 'Carvalho' - beck X ZUR 2021, 339 - beck-online X +

https://peoplesclimatecase.caneurope.org/2021/03/eu-court-turn-a-deaf-ear-to-citizens-hit-by-the-climate-crisis/

SEPA-Überweisung - ... e-Curia https://beck-online.be...

PEOPLE'S CLIMATE CASE

HOME WHO WE ARE WHAT WE WANT DOCUMENTS PRESS SIGN THE PETITION

EU Court turn a deaf ear to citizens hit by the climate crisis

PRESS

- > Press Releases
- > Press Coverage
- > News

Photos of the NGO action in front of the Court can be found here.

Recording of the press conference can be found here

The European Court of Justice announced its judgement in the landmark "People's Climate Case" initiated

Inzwischen ist das neue EU Klimagesetz fertig: 55% netto Reduktion bis 2030. In der Sache (aber nicht vor Gericht) hatte der PCC Erfolg...



Backsen ./ Bundesrepublik Deutschland

Verwaltungsgericht Berlin 2018-2019

GREENPEACE

GEMEINSAM FÜR DAS RECHT AUF ZUKUNFT

Drei Familien, deren Lebensgrundlage von der Erderhitzung bedroht ist, klagen gemeinsam mit Greenpeace für wirksamen Klimaschutz.

[Unterstütze die Klimaklage](#)

Die deutsche Klimaklage

- **Kläger:** 3 Bauern-Familien und Greenpeace e.V. als Verbandskläger
- **Klagegegenstand:** Vollzug des Klimaschutzprogramms 2014 und des seit 2007 bestehenden Ziels bis Ende 2020 gegenüber 1990 mindestens 40% Treibhausgasreduktion umzusetzen.
- **Verteidigung** der Bundesregierung: Ja, Ziel nicht erreicht, aber Klimaschutz ist nicht justiziabel.

Mündliche Verhandlung und Urteil Oktober 2019

Ist Klimaschutz justiziabel? Ja

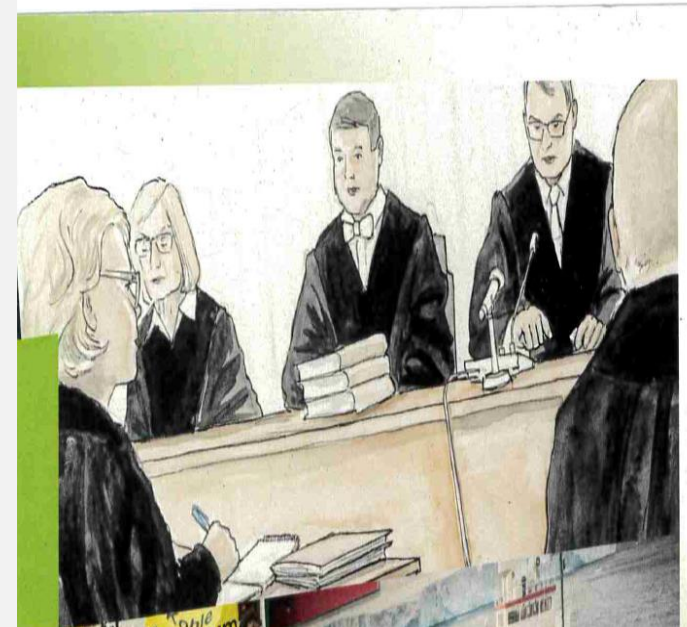
Ist Klimaschutz ein Menschenrecht? Ja

Können die Betroffenen es einklagen? Ja

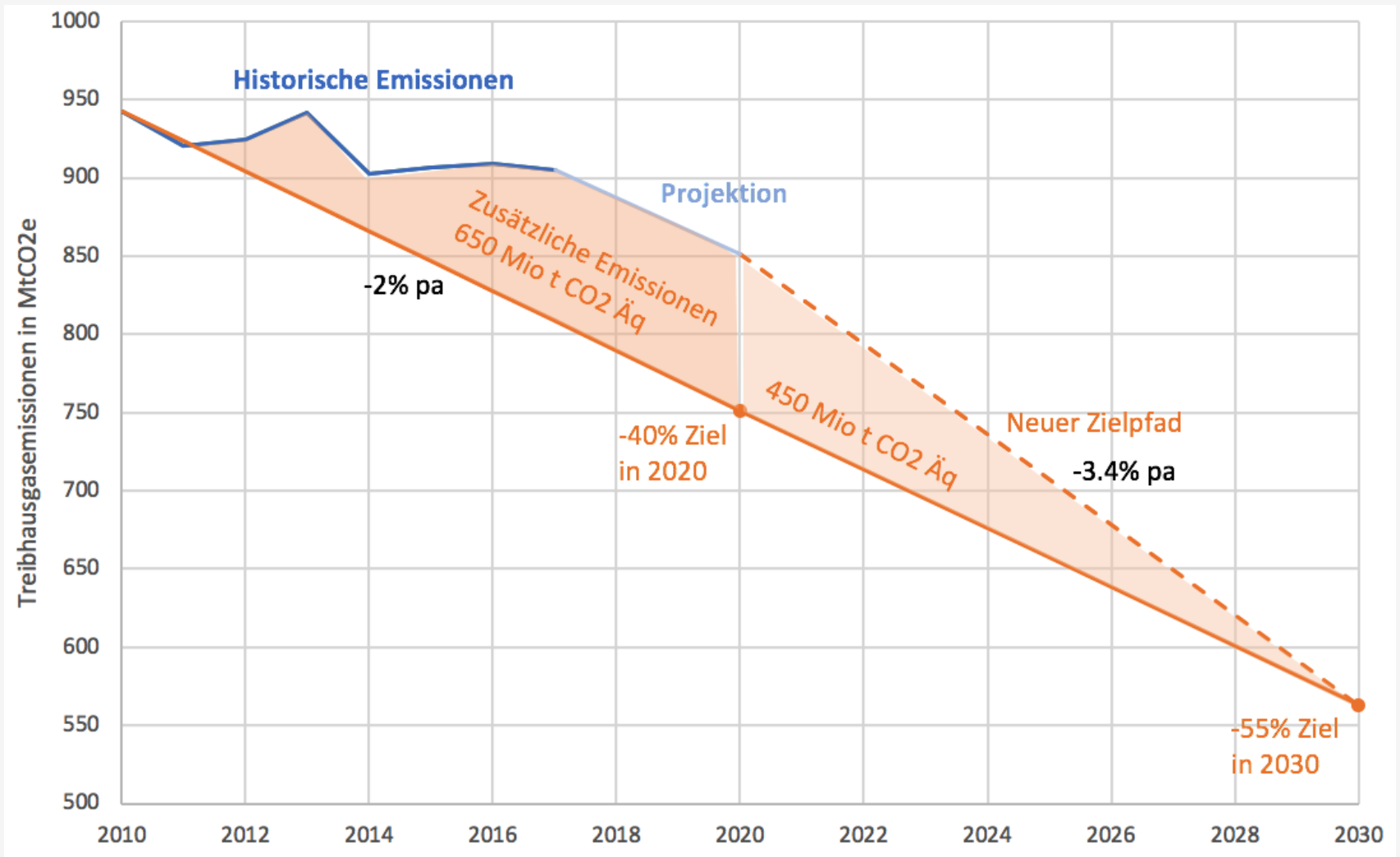
Ist das Klimaziel 2020 an sich einklagbar? Nein.

Ist die Schutzpflicht des Staates verletzt?

Noch nicht: weiter Ermessensspielraum
des Staates. Bundesklimaschutzgesetz setzt
neue Maßstäbe.



Kernargument: Das Treibhausgasbudget bedeutet, dass jede Tonne zählt:



Neubauer, Backsen et.al./ Bundesrepublik Deutschland

Bundesverfassungsgericht Karlsruhe 2020-2021

Die deutsche Verfassungsbeschwerde

- Art. 1 (Menschenwürde)
- Art. 2 (Gesundheit und Leben)
- Art. 12 (Berufsfreiheit)
- Art. 14 (Eigentumsrecht)

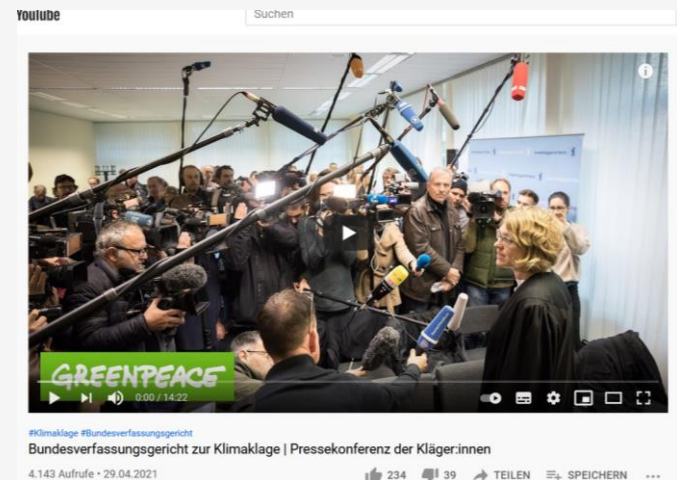


Die deutsche Verfassungsbeschwerde

- **Kläger:** Jugendliche und junge Erwachsene
- **Klagegegenstand:** Bundesklimaschutzgesetz vom Dezember 2019: Schutzziel unzureichend, Reduktionspfad zeigt nicht auf 1,5°C
- **Rechtsfragen:** Klimaschutz als Menschenrecht, welche Schutzpflichten treffen den Gesetzgeber konkret, Selbstbestimmungsrecht und Menschenwürde
- **Stand:** Den Verfassungsbeschwerde wurde weitgehend gefolgt: Beschluss vom 24.3.2021

Was steht drin im Beschluss?

- Sachverhalt, Krise und Bedrohungslage eindeutig und unbestritten
- Art. 20a GG macht die Paris Ziele zu Verfassungsgrundsatz
- Klimaschutz ist Menschenrecht
- Emissionsreduktionen dürfen nicht ungeplant in die Zukunft verschoben werden, intertemporale Freiheitsrechte, Art 2 GG
- Transition zur THG Neutralität muss früh begonnen werden
- keine Schutzpflichtverletzung wegen der Bedrohung von Leib und Leben
- Art 20a GG ist „justiziable Rechtsnorm“
- Zulässigkeit ganz weit verstanden:



Was steht drin im Beschluss?

Welches Ziel?

d) In Wahrnehmung seines Konkretisierungsauftrags und seiner Konkretisierungsprärogative hat der Gesetzgeber das Klimaschutzziel des Art. 20a GG aktuell verfassungsrechtlich zulässig dahingehend bestimmt, dass der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist.

Global Warming of 1.5 °C, 2018, Chapter 2, S. 108, Tab. 2.2). Auf der Grundlage der Zahlen des IPCC hat der Sachverständigenrat für das Ziel, den Anstieg der mittleren Erdtemperatur mit einer Wahrscheinlichkeit von 67 % auf 1,75 °C zu begrenzen, ein ab 2020 verbleibendes konkretes nationales Restbudget von 6,7 Gigatonnen ermittelt (SRU, Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa, Umweltgutachten 2020, S. 52, 88 Rn. 111).

Was steht drin im Beschluss?

Intertemporale Freiheitsrecht vs. Schutzpflicht

4. Das Grundgesetz verpflichtet unter bestimmten Voraussetzungen zur Sicherung grundrechtsgeschützter Freiheit über die Zeit und zur verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen über die Generationen. Subjektivrechtlich schützen die Grundrechte als intertemporale Freiheitssicherung vor einer einseitigen Verlagerung der durch Art. 20a GG aufgegebenen Treibhausgasminderungslast in die Zukunft. Auch der objektivrechtliche Schutzauftrag des Art. 20a GG schließt die Notwendigkeit ein, mit den natürlichen Lebensgrundlagen so sorgsam umzugehen und sie der Nachwelt in solchem Zustand zu hinterlassen, dass nachfolgende Generationen diese nicht nur um den Preis radikaler eigener Enthaltensamkeit weiter bewahren könnten.

Die Schonung künftiger Freiheit verlangt auch, den Übergang zu Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten. Konkret erfordert dies, dass frühzeitig transparente Maßgaben für die weitere Ausgestaltung der Treibhausgasreduktion formuliert werden, die für die erforderlichen Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse Orientierung bieten und diesen ein hinreichendes Maß an Entwicklungsdruck und Planungssicherheit vermitteln.

Was steht drin im Beschluss?

globale Dimension:

- c) Als Klimaschutzgebot hat Art. 20a GG eine internationale Dimension. Der nationalen Klimaschutzverpflichtung steht nicht entgegen, dass der globale Charakter von Klima und Erderwärmung eine Lösung der Probleme des Klimawandels durch einen Staat allein ausschließt. Das Klimaschutzgebot verlangt vom Staat international ausgerichtetes Handeln zum globalen Schutz des Klimas und verpflichtet, im Rahmen internationaler Abstimmung auf Klimaschutz hinzuwirken. Der Staat kann sich seiner Verantwortung nicht durch den Hinweis auf die Treibhausgasemissionen in anderen Staaten entziehen.

Was gibt es noch so alles?

HUDOC
European Court of Human Rights

39371/20

5 Results Found

CRITERIA CLEAR ALL Text search: 39371/20

DUARTE AGOSTINHO ET AUTRES c. PORTUGAL ET 32 AUTRES ÉTATS
39371/20 | Available only in French | Communicated Case | 13/11/2020
Affaire communiquée Affaire communiquée Affaire communiquée
Case Details Legal Summary Related

Duarte Agostinho and Others v. Portugal and Others (communicated case)
39371/20 | Available in English, French | Legal Summary | 13/11/2020
Affaire communiquée Affaire communiquée Affaire communiquée
Case Details Language Versions Related

Duarte Agostinho et autres c. Portugal et autres (affaire communiquée)
39371/20 | Available in English, French | Legal Summary | 13/11/2020
Affaire communiquée Affaire communiquée Affaire communiquée
Case Details Language Versions Related

Verein KlimaSeniorinnen Schweiz and others v. Switzerland (communicated case)
53600/20 | Available in English, French | Legal Summary | 17/03/2021
Affaire communiquée Affaire communiquée Affaire communiquée
Case Details Language Versions Related

Verein KlimaSeniorinnen Schweiz and others c. Suisse (affaire communiquée)
53600/20 | Available in English, French | Legal Summary | 17/03/2021
Affaire communiquée Affaire communiquée Affaire communiquée
Case Details Language Versions Related

EGMR

- **Kläger:** Kinder aus Portugal, Seniorinnen aus CH, ein Kläger aus Österreich ...
- **Rechtsgrundlage:** EMRK Art 2, 6, 8, 13, 14
- **Antrag:** Feststellung des Verstoßes
- **Einscheidung ?**



Milieudefensie ./.. Royal Dutch Shell (Urgenda 2.0)

- **Kläger:** Umweltverbände und 17.379 Private
- **Rechtsgrundlage:** Art. 3:305a Zivilgesetzbuch NL (Klagebefugnis) und “social duty of care“ – eine moderne Verkehrssicherungspflicht ähnlich § 823 I BGB
- **Antrag:** Emissionsreduktionen auf 45% bis 2030 und netto-0 bis 2050 (gegenüber 2019)
- **Einscheidung vom 26. Mai 2021:**
Klage erfolgreich.



Vielen Dank!

Nützliche links:

<https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/>

(Blog von Prof. Stefan Rahmsdorf)

<https://peoplesclimatecase.caneurope.org/>

<https://act.greenpeace.de/klimaklage>

Websites der NGO zu PCC und deutscher Klimaklage

<http://columbiaclimatelaw.com/>

(US law school database mit Klimaklagen der ganzen Welt)

[https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/zeit-](https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/zeit-gerechte-klimapolitik-vier-initiativen-fuer-fairness)

[gerechte-klimapolitik-vier-initiativen-fuer-fairness](https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/zeit-gerechte-klimapolitik-vier-initiativen-fuer-fairness)

(WBGU Politikpapier mit Unterstützung von Klimaklagen)

www.greenpeace.de

(zur Verfassungsbeschwerde und Klimaklage beim VG

Berlin)

U&A

Helmut Paschlau

Dr. rer. nat., mag. rer. publ., Dipl.-Wing.

Umweltschutz&Abfallwirtschaft

Beratung und Gutachten

Klein-, Mittelständische Unternehmen

Öffentliche Hand

... und München ?

These 1:

Der Paradigmenwechsel aus dem „Klimaschutz-Urteil“ des BVerfG ist in der „Politik“ in München noch nicht so richtig angekommen!?

(...und die vielen anderen Rechtsverfahren und Gerichtsurteile auch nicht)

- keine „Unterrichtungs-Vorlage“ für den Stadtrat des Landeshauptstadt München
- kein StR-Tagesordnungspunkt „mögliche Auswirkungen BVerfG-Urteil für München...“
- keine Stadtratsanfrage/Antrag seitens einer Fraktion
- Stadtratsbeschluss „Klima_Mobilitätsstrategie 2035“ (15.06.2021): BVerfG keine Erwähnung, keine Diskussion
- Erarbeitung „Klimastrategie - Klimaneutralität 2035“ (Bürgerbeteiligungsprozess, bis 04.07.2021): BVerfG keine Erwähnung, keine Priorisierung nach „CO₂-Budget“

These 2:

...das muss, kann und wird sich (bald?) ändern

Denkbare **künftige** „Fälle“

z.B. Klagen von jüngeren Münchner*innen gegen die Landeshauptstadt München, vertreten durch den Oberbürgermeister, wegen „Verkürzung zukünftiger Freiheitsrechte“ durch Nicht-Veranlassen und Verschieben konkreter Klimaschutz-Maßnahmen in die Zukunft, auf Basis der bereits erreichten +1,9°C in der „Hitzeinsel München“:

- ... wegen Verzögerung der Beendigung der Kohleverbrennung im HKW Nord
- ... gegen Bau und Betrieb eines neuen Erdgas-Großkraftwerks
- ... wegen andauernder CO₂-Emissionen aus Erdöl-/Erdgas-Förderung der Stadtwerke
- ... wegen „unzureichend konkreten“ bzw. „in die Zukunft verschobenen“ Klimaschutz- (und -anpassungs-) Maßnahmen:
 - Verbauung von Kaltluftschneisen Stadtentwicklung,
 - keine „Verbrenner-Maut“,
 - keine Planung von Quartiers-Wärmelösungen aus erneuerbaren Energien,
 - Zielfestlegung „Klimaneutralität“ nicht bis 2035, sondern bis 204~~X~~ (Gutachter)...

Beispiel: ...Verzögerung der Beendigung der Kohleverbrennung im HKW Nord

- 1,4 Mio. t CO₂/Jahr (bei voller Kohleleistung 800.000 t) bzw. 0,9 Mio. t CO₂/Jahr (bei 350.000 t)
- Erfolgreicher **Bürgerentscheid 2017: Raus-aus-der-Steinkohle bis Ende 2022 !**
- Bundesnetzagentur (BNetzA): Kohleblock ist „systemrelevant“ für das übergeordnete Stromnetz = Stilllegung des Kohleblocks nicht zulässig (zunächst) bis 2024
- Stadtratsentscheidung 11_2019: Beendigung Kohleverbrennung „**deutlich vor 2028**“
- Koalitionsvertrag GRÜN-ROT 04_2020 (ohne sachlichen Grund): Zuerst Fertigstellung neues Erdgas-Großkraftwerk GuD, erst danach Beendigung der Kohleverbrennung = **nicht vor 2030/2032**
- ... dies obwohl das neue Erdgas-Kraftwerk für Strom Münchens „nicht wesentlich“ ist (Gutachten TÜV-Süd 10_2019) und für Fernwärme als Alternative zur GuD die „Kleine Heizwerke-Lösung“ empfohlen und machbar ist (Öko-Institut 11_2019)
- = 10,3 Mio. t CO₂ (reduzierte Last) bzw. 16,8 Mio. t CO₂ (Volllast) bis Beendigung Kohleverbrennung 2032 = **25,8% des „Rest-CO₂-Budgets“ für München** (nach BVerfG) bis Überschreiten des +1,5°C-Ziels.
- **Kohleausstiegs-Gesetz**: Beendigung auch der Steinkohleverbrennung 2035 bis 2038 aufgrund einer „später“ (?) noch zu erlassender Bundes-Verordnung durch Bundeswirtschaftsminister
- BVerfG: Bundesgesetzgeber muss konkrete Maßnahmen zur CO₂-Minderung bis Ende 2022 beschließen (nicht einfach die Minderungsziele zeitlich vorziehen); mit vorzeitiger Beendigung Steinkohleverbrennung?

... Klage gegen Stadt München und/oder Bundesregierung wegen verfassungswidrigen „Verschiebens“ konkreter Kohleausstiegs-Maßnahmen ?!

Beispiel: ... gegen Bau und Betrieb eines neuen Erdgas-Großkraftwerks GuD

- ... die ersten Genehmigungsunterlagen für **Errichtung und Betrieb einer neuen Gas- und Dampfturbinenanlage** im HKW Nord (Gemarkung Unterföhring) sind bei der Genehmigungsbehörde bereits eingereicht
- für eine unbefristet 100%-Erdgas-befeuerte GuD (obwohl für Strom nicht erforderlich und für Wärme weit CO₂-ärmere Alternativen möglich, s.o....)
- ...verbunden mit der öffentlichen Aussage:
„Perspektivisch“ werde die GuD mit Wasserstoff betrieben
(ohne Terminangabe, ohne Rechtsverbindlichkeit, ohne Definition „Wasserstoff“: 100% H₂, „grüner“ H₂, oder „15% H₂-Beimischung im öffentlichen Erdgas-Netz (85% Erdgas)“...)
- = 22,5 Mio t. CO₂ bis in die 2060er Jahre (mit >30-jähriger Betriebslaufzeit)
= **34,6% des „Rest-CO₂-Budgets“ für München** (nach BVerfG) bis Überschreiten des +1,5°C-Ziels.

**... Klage gegen Stadt München wegen verfassungswidrigen „Erzeugens“
vermeidbarer / nicht erforderlicher Treibhausgas-Emissionen?!**

Beispiel: ... gegen Erdöl- und Erdgas-Förderung durch die Stadtwerke München

- Stadtwerke München GmbH (SWM) sind ein kommunales Unternehmen im **100%- Eigentum der Landeshauptstadt München**
- SWM sind beteiligt mit 31% am (britischen) **Rohstoff-Konzern Spirit Energy**, der aufgrund erworbener Lizenzen in der Nordsee **Erdöl und Erdgas** fördert (und in der Arktis erkundet...)
- und zwar für die **Erdöl-Weltmärkte** und den **europäischen Gas-Markt** (SWM-Behauptung: „Unabhängig machen von Gas-Konzernen...“; Tatsache: vom Spirit Energy-Erdgas kommt <1% in Bayern an)...
- Spirit Energy hat Lizenzen über sehr große (bekannte) **Reserven an Erdöl/Erdgas**, deren Nutzung/Verbrennen erhebliche Mengen Treibhausgase zur Folge hätte, wenn man sie heben würde:
- = 32,0 Mio t. CO₂ (= SWM-anteilig)
= **49,3% des „Rest-CO₂-Budgets“ für München** (nach BVerfG) bis Überschreiten des +1,5°C-Ziels.

**... Klage gegen Stadt München wegen
verfassungswidrigen Zulassens vermeidbarer CO₂-Emissionen
aufgrund Gewinnstreben der Tochtergesellschaft SWM?!**



Netzwerk Saubere Energie München, 01.07.2021:

„Ein Gerichtsurteil reiht sich an das nächste, das der Klimakrise endlich auch juristisch die Bedeutung zumisst, die sie benötigt.

Erst die erfolgreiche **Klimaklage** vor dem **Bundesverfassungsgericht** in Deutschland, nun auch das wegweisende **Urteil gegen den Shell-Konzern** in den Niederlande, wegen dessen klimaschädigender Erdöl- und Erdgas-Förderung.

Sind die **Stadtwerke München GmbH als nächstes** an der Reihe?

Aus unserer Sicht gäbe es ausreichend Gründe, die SWM vor Gericht zu bringen und so zu verpflichten, ihr expansives Erdöl- und Erdgas-Geschäft noch 2021 zu beenden.

Deshalb verklagen wir Mitglieder des „Netzwerks Saubere Energie München“ die Stadtwerke München öffentlich und symbolisch in einer

Gerichtsverhandlung am 9. Juli 2021, 10:00h, Justizpalast (Stachus)

Die **Anklage** vertreten u.a. Fridays for Future, Fossil Free und Extinction Rebellion in Vertretung für die Münchner Zivilgesellschaft.

Mehrere Stadträt*innen wurden in den **Zeugenstand** geladen;

auch die **Beklagte**, die Stadtwerke München GmbH, mit deren Sprecher der Geschäftsführung, Dr. Florian Bieberbach;

für den Fall, dass dieser nicht erscheint, hat das Gericht bereits einen **Anwalt der Verteidigung** gerichtlich bestellt. Auch ein **Gutachter** wird anwesend sein“.



Danke für Ihre Teilnahme!

Die nächste Veranstaltung: **13.07.2021, 19:00h**

**„Klimanotstand München“
Wie wird künftig – klimafreundlicher – gebaut?!**

Dr. Ing. Markus Hennecke
Bayerische Ingenieurkammer Bau, Vorstand